

Pakt für Klimaschutz

**Auflistung der unterzeichnenden Verbände
im Pakt für Klimaschutz:**

Aktion "Impulse für den Wohnungsbau"	Bundesverband der Deutschen Zementindustrie e.V.	Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.
Arbeitsgemeinschaft Mauerziegel e.V.	Bundesverband der Deutschen Ziegelindustrie e.V.	Immobilienverband Deutschland IVD
BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen	Bundesvereinigung Bauwirtschaft (GbR)	Bundesverband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen
Bundesarbeitskreis Altbauerneuerung e.V.	BSI Bundesvereinigung Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft	Industriegewerkschaft Bau- und Agrar-Umwelt
Bund Deutscher Architekten BDA	Dachverband Deutscher Immobilienverwalter (DDIV)	Industrieverband WerkMörtel e.V.
Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e.V.	Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau e.V.	NABU Naturschutzbund Deutschland e.V.
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland	Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e.V. – DENEFF	Technische Universität München, Lehrstuhl für Bauphysik, München TUM
Bundesarchitektenkammer e.V.	Deutscher Holzfertigbau-Verband e.V.	Tischler Schreiner Deutschland Bundesverband
Bundesfachverband der Immobilienverwalter (BVI)	Deutscher Mieterbund e.V.	Verband Deutscher Kälte-Klima-Fachbetriebe e. V. (VDKF)
Bundesingenieurkammer	Deutscher Landkreistag	Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp)
Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V.	Deutscher Städtetag	Verband Fenster und Fassade
Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel e.V.	Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V.	VGF Verband Geschlossene Fonds
Bundesverband Farbe Gestaltung Bautenschutz	Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.	Verband Privater Bauherren e.V.
Bundesverband Flachglas e.V.	FMI Fachverband Mineralwolleindustrie e. V.	Verband Wohneigentum e.V.
Bundesverband Gerüstbau e.V.	Fachverband Wärmedämm-Verbundsysteme e.V.	verbraucherzentrale Bundesverband
Bundesverband Kalksandsteinindustrie e.V.	Fachverband Ziegelindustrie Nordwest e.V.	Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e.V.
Bundesverband Leichtbeton e.V.	Fraunhofer Institut für Bauphysik IBP, Stuttgart	Zentralverband des Deutschen Handwerks
Bundesverband Porenbetonindustrie e.V.	GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen	Zentralverband des Deutschen Dachdeckerhandwerks
Bundesverband Rollläden + Sonnenschutz e. V. – BVRS	Gesamtverband Dämmstoffindustrie GDI	Zentralverband Raum und Ausstattung
Bundesverband in den Gewerken Trockenbau und Ausbau e.V.	GRE Gesellschaft für Rationelle Energieverwendung e. V.	Zentralverband Sanitär Heizung Klima/Gebäude- und Energietechnik Deutschland (ZVSHK/GED)
Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie e. V.		ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.

Berlin, 8. April 2011

Die unterzeichnenden Verbände erklären mit diesem Pakt gemeinsam:

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Mit ihrem Energiekonzept hat die Bundesregierung am 28. September 2010 sehr ehrgeizige Zielsetzungen in Bezug auf energetische Gebäudesanierung und energieeffizientes Bauen vorgelegt, ohne allerdings aufzuzeigen, mit welchen Maßnahmen diese Ziele erreicht werden sollen. Mit den Eckwerten für den Bundeshaushalt 2012 hat das Bundeskabinett am 16.03.2011 nunmehr beschlossen, keinerlei Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm in den Haushalt 2012 einzustellen. Die im Energiekonzept der Bundesregierung angedachte Finanzierung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms mit Mitteln aus dem Energie- und Klimafonds ist nach dem Beben in Japan und dem Atom-Moratorium allerdings nachhaltig in Frage gestellt. Der Wegfall der Förderung für energieeffizientes Bauen und Sanieren ab 2012 konterkariert die bisherige Klimaschutzpolitik in höchstem Maße und macht sie unglaubwürdig.

Die durch den Bundeshaushalt finanzierten KfW-Mittel für das energieeffiziente Bauen und Sanieren haben 2009 ca. 300.000 und 2010 fast 350.000 Arbeitsplätze gesichert und Investitionen von jeweils ca. 20 Milliarden Euro angestoßen, sowie insgesamt zu einer Einsparung von rund 2,5 Millionen Tonnen CO₂ geführt. Die KfW-Förderung ist unverzichtbar, um die energetische Modernisierung des sanierungsbedürftigsten Wohngebäudebestandes, in dem die meisten einkommensschwachen Mieter wohnen, sozialverträglich zu machen sowie die energetische Ertüchtigung der kommunalen Gebäude und Einrichtungen voranzutreiben. Auch bei den Wohnungseigentümern, die rund 14,9 Mio. Eigenheime oder Zweifamilienhäuser selbst nutzen, wird sich die Einstellung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms als massive Investitionsbremse auswirken.

Um das im Energiekonzept der Bundesregierung festgelegte Ziel einer Verdoppelung der Sanierungsquote auf 2 % zu erfüllen und damit jährlich mindestens 360.000 Gebäude zu sanieren, wäre mittelfristig ein Fördervolumen von 5 Mrd. EUR jährlich notwendig. Diese Förderung löst das Achtfache an Investitionen aus, was zudem eine Entlastung des Staatshaushaltes bedeutet (Einnahmen aus Mehrwertsteuer, Lohnsteuer, Sozialbeiträgen und vermiedene Kosten der Arbeitslosigkeit).

Der Wegfall der KfW-Mittel widerspricht dem Energiekonzept der Bundesregierung, senkt die Sanierungsrate, gefährdet die Ziele der deutschen Klimaschutzpolitik und beeinflusst die kommunalen Klimaschutzaktivitäten und die volkswirtschaftliche Entwicklung negativ. Wenn Investitionen unterbleiben, werden auch Arbeitsplätze wegfallen. Wohnungsneubau und energetische Gebäudesanierung sind arbeitsintensiv, hier ist fast ausschließlich das lokale Bau- und Ausbauhandwerk tätig.

Vor dem Hintergrund einer unsicheren Finanzierung durch den Energie- und Klimafonds unterstützen wir alle Bemühungen, auf eine alternative Finanzierung zu dringen. Wir fordern die Bundesregierung daher nachdrücklich auf, ein klares politisches Bekenntnis zur weiteren Förderung des energieeffizienten Bauens und Sanierens und zur Verstärkung der Mittelausstattung mindestens in Höhe von 2 Mrd. EUR jährlich abzugeben und dafür im Haushalt 2012 und in den Folgejahren entsprechende Finanzmittel einzustellen. Verbraucher, Hersteller, Gebäudeeigentümer, Planer, Kommunen und Ausführende benötigen verlässliche Rahmenbedingungen, um den Gebäudebestand und die Kommunen zukunftsfähig gestalten zu können.

Pakt für Klimaschutz

Kontakt: